

# Fuchsbau-Käufer bestreitet politisches Interesse × Märkische Oderzeitung vom 22.01.2009

## Solinger Unternehmer will den Bunker auch künftig für die Öffentlichkeit zugänglich machen

**Petersdorf b. Bad Saarow (lö)** Der Kaufinteressent für den so genannten Bunker Fuchsbau bei Fürstenwalde (Oder-Spree), dem ehemaligen zentralen Gefechtsstand für die Luftwaffe der NVA, will die Anlage auch nach einem Erwerb der Öffentlichkeit zugänglich machen. Darüber hinaus strebt er einen Mietvertrag mit der "Interessengemeinschaft Bunker Fuchsbau" an. Der Verein hat in den vergangenen Jahren die verzweigten unterirdischen Gänge, die teilweise noch von KZ-Häftlingen im Dritten Reich angelegt wurden, wieder zugänglich gemacht.

Der Kaufinteressent Philipp Grellmann aus Solingen bestreitet auch, Kontakte ins rechtsextreme Lager zu haben. Entsprechende Vermutungen waren in der vergangenen Woche geäußert worden. Einziger Gewährsmann dafür ist momentan der Fürstenwalder Wolfgang Thiede von der Interessengemeinschaft. Gerlinde Stobrawa, Bürgermeisterin von Bad Saarow, auf deren Gemeindegebiet teilweise das Bunkergelände liegt, hatte jüngst in der Gemeindevertretung noch einmal gesagt, dass zuständigen Stellen keine Hinweise auf einen politischen Hintergrund des Kaufinteressenten vorliegen. "Uns sind keinerlei Maßnahmen in diese Richtung bekannt." Auch dem Landesinnenministerium liegen keine Hinweise vor.

Nach eigenen Angaben will Philipp Grellmann ebenfalls einen politischen Missbrauch ausschließen. In dem Mietvertrag mit der Interessengemeinschaft soll eine Passage deshalb auch lauten: "Die Interessengemeinschaft verpflichtet sich das Einzeldenkmal Bunker Fuchsbau niemals einer Rechtsgruppierung oder Partei wie zum Beispiel der NPD oder DVU oder sonstigen für jegliche Zwecke zur Verfügung zu stellen."

Stephan Regeler von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die das Objekt samt einer Waldfläche von 190 Hektar verkauft, sagte, dass man an dem Interessenten festhalten wolle: "Wir haben einen Käufer", so Regeler. Allerdings sei der Kaufvertrag noch nicht abgeschlossen. "Wir haben alles so gemacht, wie es üblich ist." Er rechnet damit, dass es in einigen Wochen zu einem endgültigen Abschluss kommt. Man sei sich der Verantwortung bewusst, so Regeler. In dem Kaufvertrag soll eine missbräuchliche Nutzung politischer Art ausgeschlossen werden